

**Ökologisches Kirchturmdenken**

Bundesumweltministerin Lemke, Diplom-Agraringenieurin (Fachrichtung Tierproduktion) und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir, vegetarischer Diplom-Sozialpädagoge, sind nun das Doppelte Lottchen. Beide kümmern sich um Landwirtschaft, beide um Umwelt. Lemke fordert im Bundestag die Agrarwende, Özdemir die Ausweitung des biologischen Landbaus auf 30 % der Fläche. Und natürlich die Transformation der Agrar-Ernährungswirtschaft.

Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, der von Wirtschaftspolitik offensichtlich wenig hält, mischt auch noch mit: 2 % der Fläche soll für erneuerbare Energien reserviert werden. Also ein Triell. Mal dumm gefragt: ist da nicht wenigstens ein Minister zu viel?

Und jetzt beruft Außenministerin Baerbock die bisherige Chefin von Greenpeace International, Jennifer Morgan, zur Staatssekretärin. Was das für die Landwirtschaft bedeutet kann man auf der Homepage von Greenpeace nachlesen: „Die konventionelle Landwirtschaft hat innerhalb weniger Jahrzehnte viel Schaden angerichtet.“ Übrigens ist es mit dem Demokratieverständnis von Greenpeace nicht weit her, denn man kann zwar förderndes Mitglied werden, aber nicht stimmberechtigtes.

Die bisherigen Aktivitäten könnte man subsumieren unter dem Begriff: Kampf um den Boden des Landwirtes. Überspitzt: Kampf um die Verfügungsgewalt über den Boden, der nun mal, zumindest in der klassischen Wirtschaftstheorie, der einzige nicht vermehrbare Produktionsfaktor ist. Deutschlands landwirtschaftlich nutzbaren Böden werden aus vielen Gründen immer weniger. Das ist auch in der EU so, das ist weltweit so. Aber die Bevölkerung wächst, hat Hunger, viele sind unterernährt. Lange wurden Landwirte unter dem Aspekt „nie mehr hungern“ hochgeschätzt. Aber jetzt sollen sie nachhaltig produzieren, damit die Bürger erst jetzt gesund ernährt werden. De facto werden Deutschlands Landwirte in die Schmuddelecke gestellt. Dabei wird vergessen, daß sie sozusagen die Grundstoffe für Nahrungsmittel herstellen wie Getreide, Fleisch, Gemüse. Und kein Landwirt schädigt vorsätzlich die Grundlagen seiner Produktion. Ohne Bodenfruchtbarkeit kein Ertrag, Ohne glückliche Kühe nicht genug Milch. Ohne streßstabile Schweine kein gutes Fleisch.

Sogenannte, aber gerne nachgefragte, ungesunde Lebensmittel entstehen erst bei der Verarbeitung. Und schon sind wir wieder bei der Verbotspartei: wie auch immer, wer auch immer, man „ungesunde“ Lebensmittel definiert, sie sollen verboten werden. Auch die Werbung soll für die „ungesunden2 verboten werden. Und billig (was immer das sei) wird natürlich auch verboten. Tja, dann kommen die verbotenen, die „biligen“ halt aus EU-Ländern oder von weiter her. Toller Carbon-Fußabdruck.

Bleiben wir beim Produktionsfaktor Boden. Deutschlands Böden gehören zu den weltweit ertragreichsten. Während im Jahr 2020/21 weltweit im Durchschnitt etwa 3,5 to Weizen pro Hektar geerntet wurden, lagen die Hektarerträge in Deutschland bei etwa 7,6 to. Das Schrumpfen der verfügbaren Anbaufläche ist bekannt. 2 % weniger Fläche für alternativen Energien? Wen juckts? 30 % der Fläche für ökologischen Anbau? Wen juckts, daß bis zur doppelten Fläche benötigt wird, um denselben Ertrag zu erzielen, vom Carbon-Fußabdruck ganz zu schweigen. Die derzeitigen Politikansätze vermitteln den Eindruck, als wolle man sich aus der EU und der globalen Welt verabschieden und nationale Grenzzäune errichten. Die Folgen können verheerend werden: Das Stichwort heißt Carbon-Leakage. Die landwirtschaftliche Produktion wird aufgrund neuer Auflagen, dazu gehört auch der europäische Emissionshandel, in Regionen ohne vergleichbare Standards verlagert. Verlagert werden nicht nur CO2-Quellen, sondern auch Arbeitsplätze, Einkommen.

Globales Denken statt Schornsteindenken.

Die Unternehmensberatung EY schreibt im Bericht Agribusiness in Deutschland 2022 sehr klar: „Neben den nationalen Anstrengungen zur Dekarbonisierung müssen vor allem globale Lösungen gefunden werden. Dazu gehören verbindliche globale Richtlinien in einem weiterhin in vielen Bereichen liberalisierten Weltmarkt, um die Entstehung von Standortnachteilen in Regionen mit strengeren gesetzlichen Vorgaben zur Dekarbonisierung zu vermeiden, das Abwandern der Industrie zu verhindern und vor allem die globalen CO2-Emissionen des Sektors zu reduzieren. Dazu gehören global wirksame Richtlinien, die die Produktion und insbesondere den Verkauf von Lebensmitteln in Europa regeln (z. B. in analoger Anwendung des Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetzes). Neben gesetzlichen Regularien gilt es, Maßnahmen zur CO2-Einsparung zu fördern.“